

# DEUTSCHES STEUERZÄHLERINSTITUT des Bundes der Steuerzahler e. V.

Vorstand: Reiner Holznagel, M. A. (Vorsitzender), Rechtsanwalt Rik Steinheuer (Stellv. Vorsitzender), Dipl.-Vw. Eberhard Kanski, Dipl.-Vw. Bernhard Zentgraf  
Reinhardtstraße 52, 10117 Berlin, Tel: 030-25 93 96 32, Fax: 030-25 93 96 25  
[www.steuerzahler.de/dsi](http://www.steuerzahler.de/dsi), E-Mail: [dsi@steuerzahlerinstitut.de](mailto:dsi@steuerzahlerinstitut.de)

# DSi

AUS DER ARBEIT DES FINANZWISSENSCHAFTLICHEN INSTITUTS

DSi intern – Ausgabe 2/2025

## Wer sind Deutschlands Kreditgeber?

**Die deutsche Staatsverschuldung wird in den kommenden Jahren drastisch ansteigen. Denn die Schuldenbremse wird gerade demontiert und neue Sondervermögen sind bereits beschlossen. Wer genau die derzeitigen Gläubiger sind, bleibt in offiziellen Statistiken jedoch weitgehend unklar. Das DSi hat deshalb in einer breit angelegten Umfrage exemplarische Kreditgeber identifiziert, um Licht in diese Blackbox zu bringen.**

Rund die Hälfte der gesamten deutschen Staatsverschuldung von derzeit 2,7 Billionen Euro liegt in ausländischer Hand. Wie die Umfrage zeigt, fließen Zinsen und Tilgungen u. a. an italienische Großbanken, französische Versicherer, dänische Pensionskassen, texanische Lehrerpensionsfonds und an viele ausländische Zentralbanken. Doch selbst Staatsfonds aus Chile und Aserbaidschan haben deutsche Staatsanleihen im Bestand. So viel zur verbreiteten Argumentation von Anhängern höherer Staatsschulden, Deutschland schulde das Geld „sich selbst“, weshalb Verschuldung gesamtgesellschaftlich kein Problem sei.

Im Inland ist inzwischen die Bundesbank die größte Gläubigerin des Bundes. Zu Jahresbeginn hielt sie deutsche Staatsanleihen in Höhe von 605 Milliarden Euro. Damit hat sich die Staats-

verschuldung bei der Bundesbank in den vergangenen zehn Jahren fast versechsfacht.

Angesichts wachsender Verschuldung fordern wir eine „Transparenzoffensive“. Bund, Länder und Kommunen sollen in ihren Haushaltsberichten offenlegen, wer ihre wichtigsten Kreditgeber sind. Eine Ausweitung bestehender Statistiken zur Gläubigerstruktur und deren Veränderungen ist möglich und sinnvoll.

Zum einen sind Schuldenfinanzierungen über die Bundesbank grundsätzlich problematisch, weil dies Inflationsgefahren birgt und zu künstlich niedrigen Zinssätzen führen kann.

Zum anderen offenbart es Abhängigkeitsrisiken, wenn ausländische Gläubiger rund die Hälfte der deutschen Staatsschulden finanzieren (und rund die Hälfte der deutschen Zinszahlungen erhalten). Und dass zu diesen Financiers auch Staatsfonds gehören, deren Mittel aus den Verkäufen fossiler Brennstoffe stammen, gehört auch zur Wahrheit in Schuldendiskussionen.



Bei Fragen oder Anregungen kontaktieren Sie mich bitte unter [warneke@steuerzahlerinstitut.de](mailto:warneke@steuerzahlerinstitut.de).

Liebe Leserinnen und Leser,

unsere neue Schuldenuhr ist in Betrieb – ein starkes Zeichen für Transparenz und finanzpolitische Verantwortung! Seit mehr als 30 Jahren steht sie als mahnendes Symbol für den Umgang des Staates mit dem Geld seiner Bürgerinnen und Bürger. Nun zeigt sie nicht nur die Gesamtverschuldung, sondern auch die Zinsausgaben pro Sekunde – und damit, wie teuer Schulden wirklich sind.

Gerade jetzt ist diese Transparenz wichtiger denn je: Mit dem XXL-Schuldenpaket entfernt sich die Bundesregierung zusehends von solider Haushaltspolitik. Trotz Rekordsteuereinnahmen werden neue Schuldenberge angehäuft, die Zinslast steigt, der Reformbedarf wird verschoben – und die Last wandert auf die Schultern künftiger Generationen. Die Schuldenuhr macht diese Entwicklung sichtbar und mahnt zu mehr Generationengerechtigkeit und Reformmut.

Mein herzlicher Dank gilt allen, die durch Spenden und Unterstützung dieses wichtige Upgrade möglich gemacht haben. Gemeinsam mit Ihnen sorgen wir dafür, dass der Blick auf die Finanzpolitik des Bundes, der Länder und der Kommunen klar, faktenbasiert und unabhängig bleibt.

Herzliche Grüße  
Ihr Reiner Holznagel



Reiner Holznagel  
Vorsitzender des Instituts



Für weitere Details empfehlen wir Ihnen die Lektüre des DSi kompakt Nr. 46 in der aktualisierten Fassung. Sie erreichen es entweder über den QR-Code oder folgenden Link: <https://t.ly/upcKt>

**Spendenkonto:** DSi – Deutsches Steuerzahlerinstitut des Bundes der Steuerzahler e. V.  
Konto: 115 840, BLZ: 510 700 21  
IBAN: DE16 5107 0021 0011 5840 00  
SWIFT-BIC: DEUTDEFF510  
Stichwort: Spende 2/2025

# Gutachten entzaubert neuen Sonderschuldentopf

**Das Deutsche Steuerzahlerinstitut (DSi) hat mit der Unterstützung seiner Spender ein finanzwissenschaftliches Gutachten bei Prof. Friedrich Heinemann vom Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Auftrag gegeben.**

Das im Sommer erschienene Gutachten stellt in Pionierarbeit eine kritische Analyse des neuen Sonderschuldentopfes „Infrastruktur und Klimaneutralität“ dar, der über Art. 143h Grundgesetz sogar Verfassungsrang erhalten hat. Der ernüchternde Befund: Schon die seinerzeit vorgelegten Gesetzentwürfe blieben hinter den eigenen Ansprüchen zurück. Weder war die Zusätzlichkeit der Investitionen belastbar angelegt, noch war eine konsequente Priorisierung auf wachstumsrelevante, strukturbildende Maßnahmen sichtbar.

Dank der Vorarbeit des DSi und des ZEW ist es gelungen, die zentralen Kritikpunkte in der öffentlichen und parlamenta-

rischen Debatte zu platzieren. Daraufhin wurden im Laufe des Gesetzgebungsprozesses einige Stellschrauben zugunsten der Steuerzahler enger gedreht.

So wurde z. B. das Wörtchen „insbesondere“ bei den Förderbereichen gestrichen, sodass es sich jetzt um eine abschließende Liste handelt. Auch die Berichtspflichten der Länder wurden ausgeweitet.

Das ändert allerdings nichts an der Grundsatzkritik hinsichtlich dieses Sonderschuldentopfes, die das DSi schon frühzeitig geäußert hat. Die Befürchtungen waren auch berechtigt. Die bekannten Planungen zeichnen ein immer deutlicheres Bild des Verschiebeparkplatzes, mit dem die Politik vormals steuerfi-

nanzierte Investitionsprojekte in die Kreditfinanzierung des Sonderschuldentopfes verschiebt. Damit schaffen sich Politiker finanziellen Spielraum für Wunschprojekte im Kernhaushalt – ohne nennenswerte langfristige Wachstumseffekte.

Das allein sollte deutlich machen, dass sich solche Konstruktionen für die Zukunft verbieten. Das süße Gift der Verschuldung

bietet schlicht zu große politische Anreize, zulasten künftiger Steuerzahlergenerationen und der Tragfähigkeit der Staatsfinanzen nicht-effektive und im ökonomischen Sinn nicht-nachhaltige Projekte zu finanzieren. Das DSi wird diese Kritik nun umso deutlicher und fortwährend in die laufenden Debatten zu weiteren Verschuldungsmöglichkeiten einspeisen.



Zum vollständigen Gutachten gelangen Sie über den QR-Code oder folgenden Link: <https://t.ly/NqRdf>

## Investitionsfolgekosten: Die verdeckte Steuergeldverschwendungsfalle

**Auch in diesem Jahr hat das DSi wieder das Schwerpunktkapitel des neuen Schwarzbuchs verfasst. Es beleuchtet umfangreich die drohenden Schattenseiten für die Steuerzahler, die mit den vom Bundesfinanzminister ausgerufenen und weithin schuldenfinanzierten „Rekordinvestitionen“ einhergehen.**

Das Kapitel zeigt, wie Investitionen langfristig zu einer massiven Belastung der öffentlichen Haushalte und damit der Steuerzahler werden können – und wie eine kluge, vorausschauende Finanzpolitik dem entgegenwirken muss.

Denn was heute als mutiger Schritt in die Zukunft verkauft wird, kann morgen zur Dauerbelastung für Staat und Bürger werden. Jedes Investitionsprojekt – ob Straße, Schule, Krankenhaus oder Sporthalle – verursacht nicht nur Baukosten, sondern auch laufende Ausgaben für Betrieb, Wartung, Personal und Verwaltung. Diese Kosten fallen aber erst in der Zukunft an. Und sie steigen im Laufe der Zeit weiter an – durch Inflation, technische Modernisierung, Lohnsteigerungen oder neue

gesetzliche Anforderungen. Genau diese verdeckten Lasten, die häufig unterschätzt oder gar nicht einkalkuliert werden, sind jedoch eine große Belastung für Haushalte.

Die Verantwortung für diese Entwicklung liegt nicht nur bei der Verwaltung. Durch politische Fehlanreize können Politiker geneigt sein, Kosten kleinzurechnen und Nutzen zu überschätzen, um Zustimmung für Projekte zu gewinnen. Für Länder und Kommunen erscheinen Projekte besonders attraktiv, die vom Bund oder anderen Stellen bezuschusst werden – scheinbar „zum Nulltarif“, tatsächlich aber mit hohen Folgekosten.

Die häufig unzureichende Berücksichtigung langfristiger Kosten führt zu ineffizientem

Mitteinsatz und damit zu einer erheblichen Verschwendung von Steuergeldern. Besonders in Zeiten, in denen der Druck auf die öffentlichen Haushalte wächst und die Belastung der Steuer- und Abgabenzahler immer größer wird, ist es von entscheidender Bedeutung, dass der Staat seine Investitionen effizient gestaltet.

Das Schwerpunktkapitel redet aber nicht der pauschalen Ablehnung von Investitionen das Wort. Die vom DSi verfasste Analyse lädt ganz im Gegenteil dazu ein, über den Tellerrand kurzfristiger Erfolgsmeldungen hinauszublicken und die wahren Kosten des politischen Handelns in den Blick zu nehmen – als Grundlage für eine ehrliche, nachhaltige und steuergerechte Investitionspolitik.

Die Steuerzahler müssen in den Mittelpunkt der Diskussion rücken, da sie die eigentlichen Träger der Kosten für fehlerhafte Investitionspolitik sind. Ihre Gelder müssen mit größter Sorgfalt behandelt werden, um Verschwendung zu vermeiden und eine solide finanzielle Grundlage für künftige Generationen zu schaffen.

Das Schwarzbuch können Sie kostenlos auf folgender Website bestellen: [www.schwarzbuch.de](http://www.schwarzbuch.de)



Bei Fragen oder Anregungen kontaktieren Sie mich bitte unter [brocksiek@steuerzahlerinstitut.de](mailto:brocksiek@steuerzahlerinstitut.de).

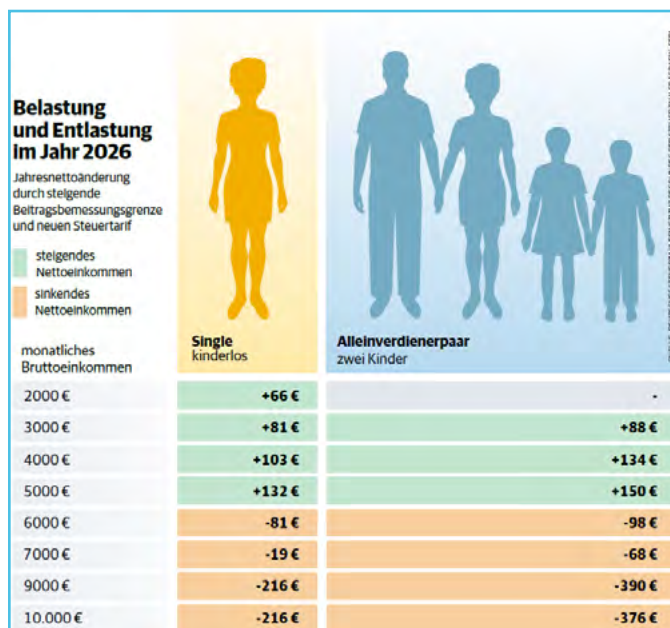
## Das DSI in den Medien

Mit fundierten Recherchen und präzisen Berechnungen zu tagesaktuellen Themen hat das DSI wieder breite mediale Aufmerksamkeit erzielt. Unsere Analysen liefern Fakten, die überzeugen und in der öffentlichen Debatte aufgegriffen werden.

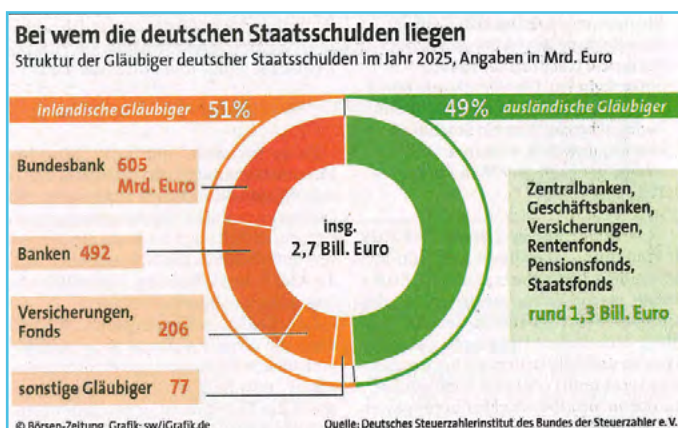
So hatten wir auch in diesem Jahr wieder die Gelegenheit, die Ergebnisse unseres DSI-Belastungschecks in der Bundespressekonferenz vorzustellen. Daneben wurden unsere Berechnungs- und Rechercheergebnisse von einigen Fernseh- und Printmedien aufgegriffen. Die Auswahl auf dieser Seite vermittelt einen Eindruck von dem breiten Medienecho.



Markus Brocksiek bei der Aufzeichnung für ARD-Plusminus, 29. August 2025



Berechnungsergebnisse des DSI in der Rheinischen Post, 10. September 2025



Rechercheergebnisse zur Gläubigerstruktur in der Börsen-Zeitung, 12. September 2025



DSI-Berechnungen in der Tagesschau, 8. Oktober 2025



Reiner Holznapel und Matthias Warneke zur Vorstellung des Belastungschecks in der Bundespressekonferenz, 10. Juli 2025



# Steuerrabatt auf den Rundfunkbeitrag gemeinsam erkämpfen

Der Rundfunkbeitrag könnte spürbar sinken – durch eine steuerliche Absetzbarkeit. Genau dafür setzen wir uns derzeit ein.

Nach unserer Rechtsauffassung ist es überfällig, dass Einkommensteuerzahler auch an dieser Stelle entlastet werden. Denn der Rundfunkbeitrag gehört zum Existenzminimum, wird bislang aber nicht steuerlich berücksichtigt.

Das wollen wir ändern. Wir stehen bereits im Austausch mit dem Finanzausschuss des Bundestages. Wir führen Gespräche mit Abgeordneten. Und wir planen Musterprozesse vor Finanzgerichten, wofür wir bereits Musterkläger gefunden haben.

Unser Ziel ist klar: Künftig sollen rund 20 Prozent des Rundfunkbeitrags von der Einkommensteuer absetzbar werden.

mensteuer absetzbar werden. Eckpunkte unseres Konzepts haben wir im Fachjournal „Deutsches Steuerrecht“ veröffentlicht.

Doch Erfolge fallen nicht vom Himmel. Damit wir diesen politischen, juristischen und medialen Kampf mit voller Kraft führen können, brauchen wir Ausdauer, Expertise und Ihre Unterstützung.

Deshalb unsere Bitte an Sie: Helfen Sie uns mit Ihrer Spende an das DSI. Jeder Beitrag – klein oder groß – bringt uns der steuerlichen Gleichbehandlung ein Stück näher.

Und denken Sie daran: Ihre Unterstützung lohnt sich doppelt.

Heute durch die steuerliche Absetzbarkeit Ihrer Spende. Und morgen, wenn Sie dauerhaft weniger Rundfunkbeitrag zahlen müssen. Bitte werden Sie Teil unserer Kampagne für mehr Gerechtigkeit und spenden Sie an:



Bei Fragen oder Anregungen

kontaktieren Sie mich bitte unter [warneke@steuerzahlerinstitut.de](mailto:warneke@steuerzahlerinstitut.de).



DSI - Deutsches Steuerzahlerinstitut des Bundes der Steuerzahler e.V.  
IBAN: DE16 5107 0021 0011 5840 00  
Stichwort: Musterprozess  
Spendenbescheinigungen für Ihr Finanzamt senden wir Ihnen automatisch zu. Vielen Dank!

## Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung – die neue Schuldenuhr tickt!

Dank der großzügigen Spenden unserer Unterstützer, konnten wir das geplante Upgrade der Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler Deutschland e. V. in Betrieb nehmen – ein starkes Zeichen für Transparenz und finanzpolitische Verantwortung!

Seit über 30 Jahren wacht die Schuldenuhr über die Staatsfinanzen. Nun präsentiert sie sich in neuem Gewand: Neben der staatlichen Gesamtverschuldung zeigt sie ab sofort auch die Zinsausgaben pro Sekunde – ein deutlicher Hinweis darauf, wie teuer Schulden tatsächlich sind.

Nach aktueller Projektion des Bundes werden die staatlichen Zinsverpflichtungen in Folge des XXL-Schuldenpakets der Bundesregierung bis 2029 auf

mehr als 100 Milliarden Euro anwachsen. Hierin enthalten sind auch Zinsverpflichtungen der Extrahaushalte und Sonderschuldentöpfe sowie die Zinslasten der Kommunen, die unter einer anhaltenden Finanznot leiden. Die auf der neuen Schuldenuhr angezeigten Zinsausgaben starten mit 1.503 Euro pro Sekunde, die bis 2029 auf knapp 3.000 Euro klettern werden.

Angesichts des aktuellen XXL-Schuldenpakets der Bundesre-

gierung, steigender Zinslasten und großer Sonderschuldentöpfe ist Ihre Unterstützung wichtiger denn je. Mit Ihrer Hilfe bleibt es möglich, die Öffentlichkeit täglich über die tatsächliche Schuldenentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden zu informieren – klar, faktenbasiert und unabhängig.

Vielen Dank für Ihr Vertrauen und Ihr Engagement für eine nachhaltige Finanzpolitik!

*Die neue Schuldenuhr in unserer Geschäftsstelle*



# DSi

## Für mehr Steuergerechtigkeit Für weniger Staatsschulden

## Gemeinsam mit Ihnen Für unsere Kinder

Wir sind das Forschungszentrum des Bundes der Steuerzahler und erarbeiten konkrete Reformvorschläge.

Wir wollen die Bürger vor übermäßigen Steuer- und Abgabenlasten schützen.

Wir erhalten keine staatlichen Zuschüsse und sind deshalb auf Spenden engagierter Bürger angewiesen.

**Wir brauchen Ihre Hilfe. Spenden Sie, um die unabhängige Arbeit des DSI zu sichern.**

Jeder Euro zählt. Sie unterstützen damit z. B. unsere Musterklage zur steuersenkenden Berücksichtigung gezahlter Rundfunkbeiträge bei der Einkommensteuer.

Das DSI ist gemeinnützig. Ihre Spende ist somit steuerlich absetzbar. Eine Spendenbescheinigung erhalten Sie automatisch.

**Spendenkonto: DSI - Deutsches Steuerzahlerinstitut des Bundes der Steuerzahler e. V., IBAN: DE16 5107 0021 0011 5840 00, BIC: DEUTDEFF510**

Spenden-  
konto:

